

„‘Rechts‘? Zur Abgrenzung des politisch Legitimen“

Berlin, 3. Juli 2023

Ein Manifest der

denkfabrik  R21

REPUBLIK21 e.V.

**Denkfabrik für neue
bürgerliche Politik**

Baierbrunner Straße 25
81379 München
Deutschland

T +49 (0)89 - 200 080 752

F +49 (0)89 - 288 555 25

E info@denkfabrik-r21.de

www.denkfabrik-r21.de

Vorstand

Prof. Dr. Andreas Rödder

Dr. Kristina Schröder

Dr. Harald Mosler

Strategie statt „Empörungspolitik“: Die demokratische Rechte zurückgewinnen

AfD ante portas! Kommunale Wahlerfolge und steigende Umfragewerte erhöhen die Nervosität im politischen Berlin: „Die ‚Brandmauer‘ muss stehen!“ Nur: Wo steht sie eigentlich genau? Wen schließt sie ein - und wen schließt sie aus? Das sind zentrale Fragen der demokratischen Öffentlichkeit, die im Zuge einer allgemeinen „Empörungspolitik“ allerdings kaum diskutiert werden. Stattdessen wird kräftig moralisiert, diskreditiert und etikettiert. Dabei wird das Etikett „rechts“ umstandslos mit „konservativ“, „rechtspopulistisch“, „rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“ gleichgesetzt und geht fließend in das Verdikt „Nazi“ über.

Dabei sind es immer wieder dieselben Themen, die öffentlich skandalisiert werden:

- Migration und Integration, ethnische Herkunft und Islam;
- Klima und Energie
- Geschlecht und Sexualität -

nicht durch Zufall die Kernthemen einer grünen Agenda, die in den achtziger Jahren im Gefolge der Postmoderne in den westlichen Gesellschaften begann und die „kulturelle Hegemonie“ (Antonio Gramsci) gewonnen hat, die den öffentlichen Konsens bestimmt.

Diese „grüne Deutungshoheit“ schließt alles aus, was sie selbst als „rechts“ etikettiert. Je enger die Grenzen, desto deutlicher und lauter fällt freilich die Reaktion in Form einer rechtspopulistischen Gegenbewegung aus. Sie hat in verschiedenen Gesellschaften unterschiedliche Formen angenommen, zeigt aber überall die gleiche Auswirkung: Eine zunehmende Polarisierung innerhalb der westlichen Gesellschaften.

Für den Umgang mit Rechtspopulisten gibt es grundsätzlich drei Optionen:

1. Die harte Ausgrenzung, die allerdings zu Verhärtungen und Radikalisierungen der Ausgeschlossenen führt, wie man an der Entwicklung der AfD belegen kann.
2. Tendenzen der Anpassung, vor allem auf Seiten von Mitte-Rechts-Parteien, die allerdings schnell in Selbstradikalisierung enden.
3. Eine Politik, die jene Themen aufgreift, die Rechtspopulisten und ihre Anhänger umtreiben, die eigenständige Antworten formuliert und die darüber hinaus selbstbewusst und offensiv eine eigene Agenda setzt.

Dass die Optionen zwei und drei in der deutschen Debatte kaum unterschieden, sondern zumeist pauschal in eins gesetzt werden, ist Teil einer undifferenzierten Empörungskultur, die mit hysterischen Begriffen wie der „Brandmauer“ operiert und dadurch Möglichkeiten für einen konstruktiven Umgang verstellt.

Dabei liegt gerade in dieser Option der Schlüssel für einen souveränen und strategischen Umgang mit der rechtspopulistischen Herausforderung. Denn es geht darum, eine für die Zukunft der liberalen Demokratie bedrohliche Repräsentationslücke zu schließen: Die Positionen einer demokratischen rechten Mitte werden im politischen Diskurs der Gegenwart weitgehend übergangen oder diskreditiert und in

der Folge ausgegrenzt. Somit besteht die Gefahr, dass zumindest Teile der demokratischen rechten Mitte die Rechtspopulisten als ihr Sprachrohr ansehen, weil ihre Themen und Anliegen sonst nicht ernst genommen werden.

Es ist Aufgabe einer bürgerlichen Politik, diese Repräsentationslücke zu schließen. Konkret bedeutet dies:

1. Debatten suchen und heikle Themen ansprechen statt zu moralisieren, zu stigmatisieren und auszugrenzen. Heißt: Die AfD und ihre Repräsentanten inhaltlich stellen statt sich in symbolische Verweigerungshaltungen hinter der „Brandmauer“ zu flüchten. Und: Themen aufgreifen, die AfD-Anhänger bewegen, eigene Antworten geben und offensiv vertreten.
2. Debattenräume zu erweitern, erfordert zugleich, Grenzen zu kennen. Die Grenzen des Sagbaren zieht Art. 1 GG, also die Menschenwürde bzw. das Verbot der Herabwürdigung anderer Menschen, die Grenzen des Vertretbaren setzt die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Illegitim sind
 - Missachtung und Delegitimierung der demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionen,
 - ein Geschichtsrevisionismus, dem es nicht um Argumente, sondern um vorsätzlichen Tabubruch und Grenzüberschreitung geht,
 - ein Antipluralismus, der z.B. die Möglichkeit ablehnt, dass Zuwanderer deutsche Staatsbürger werden können, und
 - ein Autoritarismus, der etwa Wladimir Putin als Hüter von traditionellen oder christlichen Werten feiert.
3. Der Staat ist Garant für Humanität und Ordnung - und muss seine Funktionen erfüllen. Vollzugsdefizite zum Beispiel gegenüber Clanstrukturen und Anmaßungen von Gewalt oder Nötigung jedweder Couleur untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat.
4. Die Querfront gegen die AfD verstärkt die Polarisierung der Gesellschaft - Wagenburg schließt sich gegen Wagenburg und verstärkt die Trotzhaltung von AfD-Wählern, die sich sagen: Jetzt erst recht. Gerade in den östlichen Bundesländern reagieren die Menschen besonders sensibel, wenn Politiker versuchen, sie zu bevormunden. Zustimmung in der Demokratie basiert nicht auf Anweisung, sondern auf Überzeugung.
5. Die Demokratie braucht deshalb eine eigenständige bürgerliche Politik, und die braucht ein überzeugendes Zukunftsbild und positives Narrativ. Dies wiederum setzt voraus:
 - Klarheit in der Sache statt taktischer Furcht vor dem Shitstorm;
 - Einen langen Atem, der im Blick hat, dass die grüne Hegemonie Jahrzehnte gebraucht hat, aber dadurch durchschlagend wirksam geworden ist;
 - Mut zu einer strategisch angelegten und inhaltlich fundierten Politik statt vermeintlich pragmatischer Reaktionen im Kurzfristmodus oder „asymmetrischer Demobilisierung“, die aus taktischen Gründen Konflikte und Debatten vermeidet, letztlich aber intellektuell kapituliert und langfristig zu Verdrossenheit und Frustration geführt hat.